

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

300

Wien, am 27. November 1937

## Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt der Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft Donnerstag und Freitag zusammen. Tagesordnung: Rechnungsabschluss der Stadt Wien und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen Wirtschaftspläne für das Jahr 1936 und Voranschlag (Entwurf) der Stadt Wien und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1938. Die Sitzungen beginnen jeweils um 17 Uhr.

-----

## Der Rechnungshof über die Gebarung der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen im Jahre 1936.

Wie alljährlich hat der Rechnungshof die im Vorjahre vollzogenen Gebarungen der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen überprüft. Ueber die Ergebnisse der Einschau hat der Präsident des Rechnungshofes einen Bericht an die Wiener Bürgerschaft verfasst, den Bürgermeister Richard Schmitz mit seinen Gegenäusserungen nunmehr der Oeffentlichkeit zugänglich macht.

Die Ueberprüfung wurde in den Monaten Juli bis September d. J. an Hand der Bücher, Belege und einschlägigen Geschäftsstücken an Ort und Stelle durchgeführt und erstreckte sich auf die ziffernmässige Richtigkeit und die Uebereinstimmung mit den geltenden Vorschriften sowie auf die Wirtschaftlichkeit und Zweckmässigkeit der Gebarung.

Einleitend hebt der Bericht hervor, dass der Kreis der Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung nach achtjähriger Ueberprüfungstätigkeit sich naturgemäss einengen musste, weshalb der Bericht auch im Vergleich zu den Vorjahren einen wesentlich geringeren Umfang aufweist.

In sachlicher Hinsicht wird angeführt, dass in Bezug auf die Abstattung die wirksamen Einnahmen der Hoheitsverwaltung hinter den wirksamen Ausgaben um 181.172'72 Schilling zurückgeblieben sind; wenn die Kassenbestände gegenüber dem Stande vom 31. Dezember 1935 im Berichtsjahr dennoch eine Vermehrung um 319.414'83 Schilling erfahren haben, ist dies der günstigen Entwicklung der durchlaufenden Gebarung zu verdanken. Bezüglich des im Rechnungsabschluss ausgewiesenen gebühr-mässigen Gebarungsabganges von 489.693'39 Schilling hebt der Bericht hervor, dass diesem Defizit die neu-begebenen Schatzscheine mit einem Erlös von 15 Millionen Schilling zuzurechnen sind.

Zu Einzelheiten übergehend werden von der allgemeinen Verwaltung die Kosten des Schubdienstes und die Aufwendungen für den Lichtbilddienst der Feuerwehr besprochen, der, von Musealzwecken abgesehen, für die Ausbildung der Löschmannschaft von Bedeutung ist.

Bei der Gebarung des Finanzamtes wird festgestellt, dass die rückläufige Bewegung der Einnahmen ein Ende gefunden hat. Die Einnahmen überstiegen die des Jahres 1935 um rund 35'5 Millionen Schilling, wovon 10 Millionen Schilling auf Mehrabfuhr der städtischen Unternehmungen, 9'5 Millionen Schilling auf die Ertragsanteile und 14 Millionen Schilling auf die mit 1. Jänner 1936 eingeführte Hausgroschenabgabe entfallen. Die übrigen Abgaben der Stadt Wien weisen im allgemeinen nur unbedeutende Erhöhungen oder Rückgänge auf. Eine Steigerung hat auch die Ausgabenseite des Finanzamtes erfahren. Sie ist hauptsächlich auf eine höhere Tilgung von Schatzscheinen (17 Millionen Schilling gegenüber 9 Millionen S im Vorjahr) zurückzuführen. Die Einnahmerückstände für Abgaben und dergl. sind von 28'2 Millionen Schilling auf 23'9 Millionen Schilling gesunken. Wegen Uneinbringlichkeit wurden von den mit Ende 1935 aushaftenden Rückständen 1'3 Millionen Schilling abgeschrieben.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

Bei Ueberprüfung einzelner Geschäftsfälle aus dem Bereich der Fürsorge-, Lustbarkeits- und Ankündigungsabgabe hebt der Rechnungshof hervor, dass trotz wiederholt unterlassener Vorlage von Abrechnungen oder bei wiederholt festgestellten Abrechnungsdifferenzen der Magistrat von Strafamtshandlungen abgesehen hat. Der Bericht betont aber hiezu, um allen Missverständnissen vorzubeugen, ausdrücklich, dass der Rechnungshof keineswegs ganz allgemein einer Verschärfung der derzeit geltenden Strafbestimmungen das Wort reden will, sondern es nur für angezeigt hält, in Fällen wiederholter Versuche, die Abgabe zu kürzen, mit einer Bestrafung vorzugehen.

In einigen anderen Fällen wurden Versehen festgestellt, die, soweit es möglich war, der Bereinigung zugeführt wurden.

Bei der Besprechung der Gebarungen des Wohlfahrtsamtes hebt der Bericht die hohe Bedeutung hervor, die der rechtzeitigen und tunlichst vollständigen Hereinbringung der Verpflegskostensätze für die in städtischen und anderen Anstalten untergebrachten Personen zukommt. Die von der Stadt bereits durchgeführte Neuorganisation der Verpflegskostenstelle wird mit lebhaftem Interesse begrüsst.

Bezüglich des im Kapitel "Wohnungsamt" verrechneten Entgeltes für die seinerzeit gegebenen Siedlerdarlehen (Siedlerentgelt), das, von jeder Kapitalstilgung abgesehen, der Stadt nicht einmal eine angemessene Verzinsung sichert, wird zur Erwägung gestellt, eine entsprechende, der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse angemessene Erhöhung zu verfügen.

Die Bemerkungen zu den Jahresrechnungen der städtischen Unternehmungen leitet der Bericht mit der Feststellung ein, dass die Einschau deren ziffernmässige Richtigkeit und volle Uebereinstimmung mit den Haupt- und Nebenbüchern ergeben hat.

Das Gaswerken ist es gelungen, durch technische Massnahmen sowie durch einen günstigen Kohlenabschluss die Betriebskosten zu senken, so dass der Ueberschuss dieses Unternehmens trotz einer mit 1. Juli des Berichtsjahres eingetretenen teilweisen Preisermässigung den Vorjahrgewinn fast erreichte. Der Erfolg bestätigt neuerlich die Beobachtung grösster Wirtschaftlichkeit. Eine stichprobenweise Einschau in die Materialgebarung vermittelte den Eindruck einer gewissenhaften Gebarung mit den Vorräten. Die wirtschaftliche Lage der Werke ist nach wie vor günstig.

Auch bezüglich der Elektrizitätswerke stellt der Bericht eine sachgemässe Betriebsführung fest. Die Kosten für Betrieb und Strombezug sind trotz erhöhter Erzeugung unverändert geblieben, die Betriebserfolge bessern sich stetig. Eine stichprobenweise Einschau in die Materialgebarung hatte ein durchaus befriedigendes Ergebnis. Den Rücklagen konnten noch höhere Beträge als im Vorjahr zugeführt werden, der Verlustvortrag wurde abermals verringert.

Eingehend wird die finanzielle Lage der städtischen Strassenbahnen besprochen. Sie hat sich trotz der wiederholt anerkannten wirtschaftlichen Betriebsführung im Berichtsjahre weiterhin verschlechtert.

Bei Besprechung der Gebarung des Brauhauses, in welcher der fortgesetzte Rückgang des Bierverbrauches zum Ausdruck kommt, hebt der Bericht hervor, dass sich die Eigenerzeugung des Malzes als rentabel erwiesen hat.

Die Entwicklung der städtischen Leichenbestattung wird als günstig bezeichnet. Die verlustbringenden Leistungen auf Grund der Erfüllung der vor der Inflation abgeschlossenen Bestattungs- und anderen Versicherungen sind allerdings im Steigen begriffen. Dagegen bildet der eigene Sargerzeu-



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am.....

gungsbetrieb mit seinen sehr erfreulichen, auf die besonders zweckmässige Organisation zurückzuführenden Erfolgen eine wesentliche Stütze des Unternehmens; die Aufrechterhaltung der Sargerzeugung in allen ihren Teilen ist durchaus begründet.

Vermögens- und Betriebsrechnung der städtischen Ankundigungsunternehmung sind trotz des Geschäftsrückganges befriedigend gewesen. Einige verlustbringende Zeitschriften des Unternehmens wurden mit Jahresschluss eingestellt.

-----

## Die Stellungen des Jahrganges 1917.

Zur Vorbereitung der Stellungen des Jahrganges 1917 liegen in der Zeit vom 1. Dezember bis einschliesslich 13. Dezember an Werktagen von 8 Uhr bis 18 Uhr in der Volkshalle des Neuen Rathauses, Eingang Rathausplatz, die Jahrgangsregister und die Stammbblätter der im Jahre 1917 geborenen, in Wien wohnhaften Bundesbürger männlichen Geschlechtes zu deren freier Einsicht auf.

Im Interesse einer möglichst raschen Parteienabfertigung wird die Einsicht nach dem Anfangsbuchstaben des Familiennamens des Stellungspflichtigen wie folgt geregelt: A bis einschliesslich D Mittwoch, den 1. Dezember, E bis einschliesslich G Donnerstag, den 2. Dezember, H bis einschliesslich J Freitag, den 3. Dezember, K Samstag, den 4. Dezember, L bis einschliesslich N Montag, den 6. Dezember, O bis einschliesslich R Dienstag, den 7. Dezember, S Donnerstag, den 9. Dezember, und T bis einschliesslich Z Freitag, den 10. Dezember.

Stellungspflichtigen, die aus wichtigen Gründen verhindert sind, an dem für sie bestimmten Tage zu erscheinen, wird die Einsicht Samstag, den 11., oder Montag, den 13. Dezember, freigestellt.

Die Einsicht wird grundsätzlich nur dem Stellungspflichtigen selbst gewährt. Für Personen, die wegen Krankheit, wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen oder wegen Abwesenheit nicht erscheinen können, wird die Einsicht dem gesetzlichen Vertreter oder dem Bevollmächtigten, der sich als solcher gehörig ausweist, zugestanden.

Mitzubringen sind alle verfügbaren Personenstandsunterlagen des Stellungspflichtigen, insbesondere die Erkennungskarte, der Geburts-(Tauf-)schein, der Heimatschein, sowie der Meldzettel, eventuell auch der Nachweis über die Dienstleistung in der bewaffneten Macht, bei der Bundespolizei, Bundesgendarmerie, Zoll-, Finanz- oder Justizwache.

Auf die bei der Einsicht wahrgenommenen Unstimmigkeiten ist sofort aufmerksam zu machen.

Allen Betroffenen wird im eigenen Interesse dringendst empfohlen, in die Verzeichnisse Einsicht zu nehmen, um sich die Gewissheit zu verschaffen, dass sie darin eingetragen sind, oder falls sie aus irgend einem Grunde in den Verzeichnissen nicht enthalten sein sollten, die eheste Nachtragung zu ermöglichen.

Die Stellung selbst findet in einem späteren Zeitpunkt statt, worüber seinerzeit eine Verlautbarung erfolgen wird.

Ueber Begünstigungen in der Erfüllung der Bundesdienstpflicht, insbesondere Aufschub des Präsenzdienstes und Bewilligung einer verkürzten regelmässigen Präsenzdienstzeit, ist auf den an den Amtstafeln der Bezirkshauptmannschaften, Bezirksvertretungen und der Bundes-Polizeibehörde (Bezirks-Polizeikommissariate, Wachtube) angeschlagenen Verlautbarungen näheres zu ersehen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am 27. November 1937

## Hoher Besuch im Floridsdorfer Heimatmuseum.

Wie der Verein zur Gründung und Erhaltung eines Heimatmuseums im 21. Bezirk mitteilt, zeichnete Bundespräsident Miklas im Anschluss an die Jahrhundertfeier der österreichischen Bundesbahnen das Floridsdorfer Heimatmuseum mit seinem Besuche aus. Nach Begrüssung durch den leitenden Ausschuss besichtigte der Bundespräsident in Begleitung des Kabinettsdirektors Dr. Huber zunächst die Sonderschau "100 Jahre Nordbahn", hierauf die im Museum untergebrachten prähistorischen-, geologischen-, historischen- und volkskundlichen Sammlungen. Zugleich mit dem Bundespräsidenten erschienen Präsident Minister a. D. Stockinger, Generaldirektor Schöpfer und Generalsekretär Hofrat Dr. Krogner, Vertreter der ausländischen Bahnen und viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und der Wissenschaft.

.....

## Die Konferenz für Europäische Geographie und Geschichte.

Aus Anlass der Ersten Konferenz für Europäische Geographie und Geschichte veranstaltete heute mittag die Stadt Wien auf dem Kahlenberg einen Empfang, bei dem in Vertretung des Bürgermeisters Vizebürgermeister Major a. D. Lahr die Tagungsteilnehmer begrüßte.

.....

## Warum liegt Wien nicht an der Donau ?

Der heutige Vortrag des Vizebürgermeisters Major a. D. Lahr in der Wiener Urania über obiges Thema liegt dieser Ausgabe für die Redaktionen auszugsweise bei.

.....

## Zwei neue städtische Wohnhäuser.

Die Hochbautätigkeit der Stadt Wien schreitet rüstig vorwärts. Heute wurde wiederum die Hauptgleichfeier bei zwei städtischen Wohnhausbauten, die mit Hilfe des Kleinwohnungsbauförderungsgesetzes aufgeführt werden, gefeiert. Der eine Bau befindet sich im 2. Bezirk in der Wehlistrasse, ist drei Stockwerke hoch und hat zwei Stiegenanlagen, die zu 58 Wohnungen führen. Der zweite Bau wird im 5. Bezirk in der Gassergasse-Kliebergasse aufgeführt, ist vier Stockwerke hoch und wird an drei Stiegenhäusern 59 Wohnungen enthalten.

In Vertretung des Bürgermeisters betonte Vizebürgermeister Waldsam die Wichtigkeit der städtischen Hochbautätigkeit für die gesamte Arbeitsbeschaffung. Die Baumeister Ing. Grimm und Ing. Pohl, die Bauarbeiter Seidl und Härtling sowie die Bezirksvorsteher Pink und Hofrat Jakob dankten sodann der Stadtverwaltung dafür, dass sie alle Mittel für eine grosszügige Arbeitsbeschaffung ausschöpfe. Zu den Gleichfeiern waren Obersenatsrat David, Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil mit den leitenden Beamten des Bauamtes, in Vertretung des Sozialministeriums Ministerialrat Dr. Zimmer, Vertreter der V.F. und viele andere erschienen.

.....